



Aktueller Begriff

Das Konzept ‚Green Economy‘ nach dem UNEP Bericht (2011)

Die Initiative Green Economy (GE) geht von einem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Environmental Program (UNEP)) aus. Das UNEP definiert die GE als eine Art des Wirtschaftens, die das „menschliche Wohlergehen steigert und soziale Gleichheit sicherstellt, während gleichzeitig Umweltrisiken verringert und die Knappheit ökologischer Ressourcen berücksichtigt werden“. Auf deutscher Ebene haben Bundesforschungsministerin Annette Schavan und Bundesumweltminister Peter Altmaier im September 2012 rund 450 Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verbänden und Gesellschaft zu einer Konferenz geladen. Diese Konferenz bildete den ersten Schritt auf dem Weg zum neuen Forschungsprogramm „Green Economy“, das Möglichkeiten finden soll, wie mit marktwirtschaftlichen Instrumenten nachhaltige Produktion, Preisbildung und Konsumverhalten erreicht werden können.

Charakteristiken der GE

Die grundsätzliche Idee der GE wurde bereits auf der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992 thematisiert. Durch den UNEP GE Report ist der Begriff jedoch auf internationaler Ebene und besonders für den Rio+20 Gipfel (2012) forciert worden. Der Bericht sieht GE als einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung und zur Verringerung der Armut. Die Umwelt müsse dazu jedoch als essentielle Grundlage für Wachstum und Entwicklung anerkannt werden und in nationalen Bilanzrechnungen von größerer Bedeutung sein. Öffentliche und private Investitionen sollten so umverteilt werden, dass sie Naturkapital aufbauen oder verstärken. Gleichzeitig seien aber auch Investitionen in Bildung und Forschung notwendig, damit die entsprechenden Qualifikationen und technischen Fähigkeiten im Umweltbereich ausgebaut würden.

Der GE Report des UNEP (2011) beschreibt elf Bereiche, die für eine GE von zentraler Bedeutung sind, nämlich: Landwirtschaft, Fischerei, Wasser, Wald, erneuerbare Energien, Produktion, Abfall, Gebäude, Transport, Tourismus und Städte. Der Bericht gibt darüber hinaus Hinweise für mögliche Verfahrensweisen und deren Finanzierung. Der Übergang zu einer GE sei möglich, wenn bis 2050 jährlich zwei Prozent (ungefähr 1,3 Billionen US-Dollar) des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) in die obenstehenden Schlüsselsektoren investiert würden. Durch die Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen in den Bereichen Energieversorgung, Wasser, Fischerei und Landwirtschaft könnte bereits ein Betrag von ein bis zwei Prozent des weltweiten BIP eingespart werden, der in den Übergang zu einer GE investiert werden könnte. Die GE soll fossile Energie-

Nr. 36/12 (06. November 2012)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

quellen durch kohlenstoff- und schadstoffarme Technologien ersetzen und zugleich neue Arbeitsplätze schaffen. Dabei sollen Treibhausgasemissionen und Abhängigkeiten von Rohstoffimporten reduziert werden. Gleichzeitig solle die GE zur langfristigen Reduzierung der Armut beitragen, indem natürliche Ressourcen, wie z.B. Fisch- und Waldbestände geschützt werden, die die Lebensgrundlage für Menschen in ärmeren Staaten bildeten.

In einer quantitativen Modellierung des UNEP (2011) wird prognostiziert, dass eine GE im Vergleich zum gegenwärtigen marktwirtschaftlichen Wirtschaftsmodell bereits nach zehn Jahren zu einer höheren BIP-Wachstumsrate führen werde. In dem vorgestellten Modell wird angenommen, dass die **Energienachfrage** zunächst leicht ansteige und dann bis 2050 auf das heutige Niveau zurück falle. Die **energiebedingten CO₂-Emissionen** würden jedoch bereits bis 2050 um ein Drittel reduziert. Dadurch solle es möglich sein, die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre unter 450 parts per million (ppm) zu halten, sodass die Erderwärmung auf 2 °Celsius eingeschränkt werden könne. Im Vergleich zur herkömmlichen Wirtschaftsweise stiege die Wertschöpfung in der Forstwirtschaft um 20 Prozent und in der Landwirtschaft um 10 Prozent bis 2050. Gleichzeitig würde der Wasserverbrauch bis 2050 um bis zu ein Fünftel reduziert. Obwohl kurz- und mittelfristig Arbeitsplätze in ressourcen-intensiven Bereichen wegfallen würden, könnten nach diesem Modell zwischen 2030 und 2050 mindestens so viele und wahrscheinlich mehr neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das vom UNEP (2011) veröffentlichte Konzept folgert, dass der häufig vermutete Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltverträglichkeit nur ein kurzfristiges Problem darstelle.

Kritik an der GE

Die Organisation Greenpeace kritisiert, dass eine GE ohne absolute Obergrenze für Energie- und Ressourcenverbrauch keine Lösung darstelle, da Emissionen ins Ausland verschoben würden und Effizienzsteigerungen bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum die absoluten Emissionen erhöhen könnten. Das existierende marktwirtschaftliche Wirtschaftsmodell mit unbegrenzt möglichem Wachstum in einer physisch begrenzten Welt müsse hinterfragt werden. Entwicklungsländer sehen die GE als Deckmantel, mit dem die Industrienationen ihre weltwirtschaftliche Position zu festigen versuchen. Sie argumentieren, dass die Hauptlast der Umweltschutzmaßnahmen auf die Entwicklungsländer fallen würde. Die Fraktionen des Deutschen Bundestages CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworteten in einem gemeinsamen Antrag die GE und setzen sich für die Umsetzung einer „GE Roadmap“ auf Basis der Vereinten Nationen bis 2025 ein. Die Fraktion DIE LINKE kritisiert, dass die GE nicht die grundlegenden Probleme der Marktwirtschaft behebe, sondern der Umweltschutz allein durch Instrumente der Marktwirtschaft reguliert werden solle.

Quellen

- BMBF (2012). Green Economy – Ein neues Wirtschaftswunder. <http://www.bmbf.de/press/3336.php>
- Deutscher Bundestag (2011). Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – VN-Konferenz Rio+20: Nachhaltigkeit Global Umsetzen. Drucksache: 17/7182 vom 28.09.2011.
- Deutscher Bundestag (2012). Antrag der Fraktion DIE LINKE – Rio+20 – Globale Gerechtigkeit statt grüner Kapitalismus. Drucksache: 17/9732 vom 22.05.2012.
- Greenpeace (2012). Eine neue Welt – nicht dasselbe in Grün!
http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/wirtschaft_und_umwelt/120611ThesenblattRio.pdf
- UNEP (2011). Green Economy Report – Summary of Conclusions – German von:
http://www.unep.org/greeneconomy/Portals/88/documents/ger/GER_synthesis_en.pdf
- UNEP (2011). Towards a Green Economy – Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication.
http://www.unep.org/greeneconomy/Portals/88/documents/ger/ger_final_dec_2011/Green%20EconomyReport_Final_Dec2011.pdf